


# Wachstum kann helfen

**Nachhaltigkeit.** Seit rund 25 Jahren wird in Deutschland über Nachhaltigkeit diskutiert. Den Worten sind oft auch Taten gefolgt. Denn vieles, was anderswo noch auf der Agenda steht, ist hierzulande bereits Realität – beispielsweise der sparsame Umgang mit Energie. 

Baumsterben, Atomkraft, giftige Autoabgase, dicke Luft in den Städten – über diese Themen wurde ab Ende der 1970er Jahre heftig gestritten. Damals entwickelte sich auch die Ökobewegung, die vor allem ein Ziel hatte – den Schutz der Umwelt.

Auch die politische Landschaft änderte sich: Die Grünen zogen zunächst in Landesparlamente und 1983 erstmals in den Bundestag ein. Damit konnten sich auch die anderen Parteien dem Thema nicht mehr

verschließen. Im Laufe der Jahre haben sich die Politiker dann auf immer mehr grundsätzliche Positionen geeinigt – die ökologische Wende nahm Gestalt an.

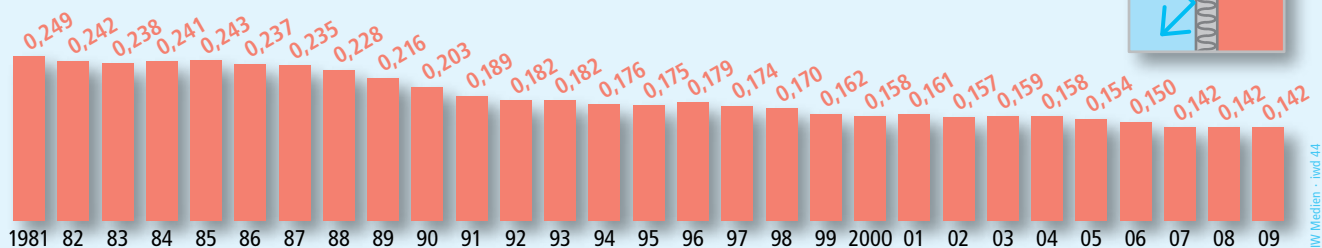
Rückblickend kann man sagen, dass die drängenden Umweltprobleme der 1970er und 1980er Jahre weitgehend gelöst sind:

- Die Luft ist sauberer geworden. Das gewagte Versprechen Willy Brandts im Jahr 1961, der Himmel über der Ruhr müsse wieder blau

werden, ist eingelöst. Staub und Schwefeldioxid verdunkeln den Himmel schon lange nicht mehr.

- Das Waldsterben ist nahezu Geschichte. Die Abgase großer Industrieanlagen enthalten so gut wie kein Schwefeldioxid mehr – der saure Regen wird praktisch vermieden.
- Kraftfahrzeuge blasen kein Blei mehr in die Luft, Katalysatoren filtern zum Beispiel das hochgiftige Kohlenmonoxid aus den Abgasen.
- Die Flüsse sind sauberer geworden. In den großen Strömen finden sich wieder zahlreiche Fischarten.
- Der Energieverbrauch wurde vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. So benötigt man hierzulande →

## Energieeffizienz in Deutschland Energieverbrauch in Tonnen Öl je 1.000 Euro reales Bruttoinlandsprodukt



Kaufkraftbereinigt; Ursprungsdaten: Internationale Energieagentur

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln © 2012 IW Medien - iwd 44

## Inhalt

### Energieeffizienz.

Firmen geben Energieeffizienzinvestitionen rund drei Jahre Zeit, bis sie sich amortisieren.  
Seite 3

**China.** Das Reich der Mitte ist zu einem der wichtigsten deutschen Handelspartner geworden.  
Seite 4-5

**Eurozone.** Braucht eine einheitliche Geldpolitik nicht auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung?  
Seite 6

**Fremdsprachen.** Deutsch ist die Muttersprache jedes sechsten Bürgers der Europäischen Union.  
Seite 7

**Entgeltfortzahlung.** Die Beträge für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall sind seit 2006 stetig gestiegen.  
Seite 8

**Präsident:**  
Dr. Eckart John von Freyend  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ heute, um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt herzustellen, nur halb so viel Energie wie vor 30 Jahren (Grafik Seite 1). Nur wenige Industrieländer verzeichnen bessere Werte (Grafik).

**Die gesamte OECD produziert im Schnitt erst in etwa so energieintensiv wie Deutschland im Jahr 1999.**

Weltweit entspricht der Stand der Energieeffizienz ungefähr dem deutschen Niveau von 1991.

Heutzutage geht es beim Streben nach Nachhaltigkeit aber um mehr als die Umweltpolitik (Kasten). Die großen Fragen lauten: Wie sichern wir die Mobilität von morgen ohne Öl? Wie stillen wir den globalen

Hunger nach Energie und Rohstoffen? Wie passen wir uns an den Klimawandel an?

Wachstumskritiker haben auf alle diese Fragen eine vermeintlich einfache Antwort: Die Menschen müssten bescheidener werden, denn wirtschaftliches Wachstum stütze sich auf natürliche Ressourcen und die seien nicht unendlich verfügbar.

Letztlich schließen sich begrenzte Ressourcen und Wirtschaftswachstum dank des technischen Fortschritts aber nicht aus. Werden dabei die Mechanismen des Marktes genutzt, besitzen Firmen einen Anreiz, nach effizienten Lösungen zu suchen (Kasten Nachgefragt).

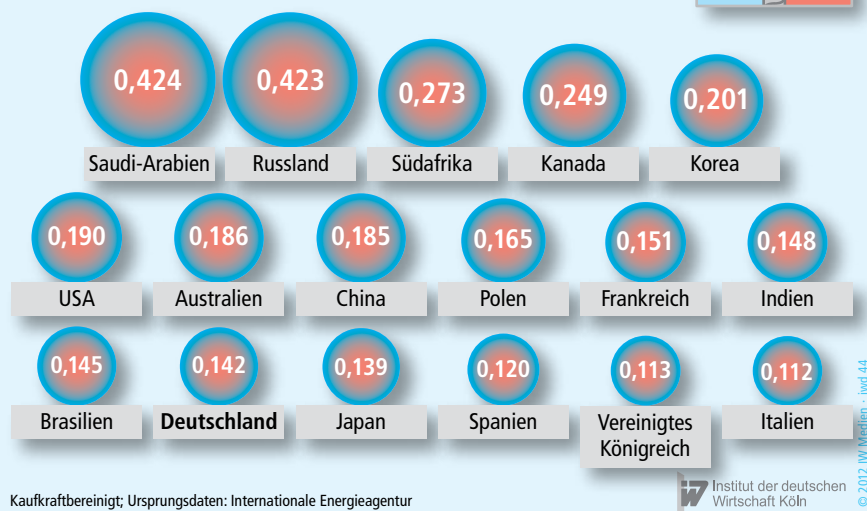
## Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt aus dem frühen 18. Jahrhundert. Für die Forstwirtschaft wurde damals, als ganze Wälder buchstäblich verheizt wurden, die Losung ausgegeben, dass mittelfristig nicht mehr Holz aus dem Wald entnommen werden soll als nachwächst. Der „Brundtland-Bericht“ der UN von 1987 definiert Nachhaltigkeit ähnlich: „Entwicklungen zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtigen Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Demnach hat Nachhaltigkeit eine ökologische, eine wirtschaftliche und eine soziale Dimension. Vor einer politischen Entscheidung muss jedoch immer abgewogen werden, wie man umweltbewusst handeln kann, ohne die Wirtschaft zu beschädigen oder die Bürger finanziell zu überfordern.

Ein gutes Beispiel für eine solche Abwägung ist die Diskussion zur Energiepreise. Die damit verbundenen höheren Strompreise sind für ärmere Bevölkerungsschichten kaum noch zu schultern. Hier zeigt sich, dass Entscheidungen, die unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll sein mögen, unerwünschte soziale Folgen haben können. Nicht zuletzt deshalb ist Nachhaltigkeit heute mehr als nur der Schutz der Umwelt. Die Bundesregierung hat 2002 definiert, woran sie Nachhaltigkeit messen will, und 35 Indikatoren aufgelistet – von der Energieproduktivität über die Forschungs- und Entwicklungsausgaben bis zu den Einfuhren aus Entwicklungsländern.

## Energieeffizienz international

Energieverbrauch im Jahr 2009 in Tonnen Öl je 1.000 Euro reales Bruttoinlandsprodukt



## ++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt ++

Nachgefragt bei Dr. Hubertus Bardt, IW-Experte für Umwelt, Energie, Ressourcen

**Wieso braucht Nachhaltigkeit Marktwirtschaft?**

Nur durch Wettbewerb kommen wir zu Effizienz und Innovationen. Ohne Wettbewerb wird mit den Lösungen und der Technologie von gestern gearbeitet.

**Wieso sind Wachstum und Umweltschutz keine Gegensätze?**

Wirtschaftswachstum ist nicht per se umweltschädlich, sondern auch Voraussetzung für wirksamen Umweltschutz. Durch Wachstum werden die finanziellen Ressourcen gebildet, mit denen sich Umweltschutzmaßnahmen finanzieren lassen.



## IW-Analysen Nr. 82

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit – Erfolge und Herausforderungen 25 Jahre nach dem Brundtland-Bericht, Köln 2012, 126 Seiten, 21,90 Euro

**Versandkostenfreie Bestellung unter:**  
[www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

# Zwischen Säen und Ernten

**Energieeffizienz.** Energie zu sparen bedeutet fast immer, zunächst zu investieren. Doch in welchem Zeitraum sollten sich Wärmedämmung und andere Maßnahmen auszahlen? In Betrieben gibt man diesen Investitionen im Schnitt rund drei Jahre Zeit, bis sie sich amortisieren, so das Ergebnis einer Befragung von Umweltexperten durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Was tun gegen steigende Energiepreise? Direkt neue energiesparende Geräte wie einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine kaufen? Ist das Gerät wirklich um einiges effizienter als das alte, dann ist ein Austausch ökonomisch wie ökologisch empfehlenswert. Doch wann soll sich die Investition spätestens rechnen?

Die Antwort ist auch für Unternehmen relevant, etwa wenn es um die Art der Gebäudedämmung oder um die Anschaffung neuer spritsparender Fahrzeuge geht oder wenn Spiegelsysteme statt Lampen Licht in Räume bringen.

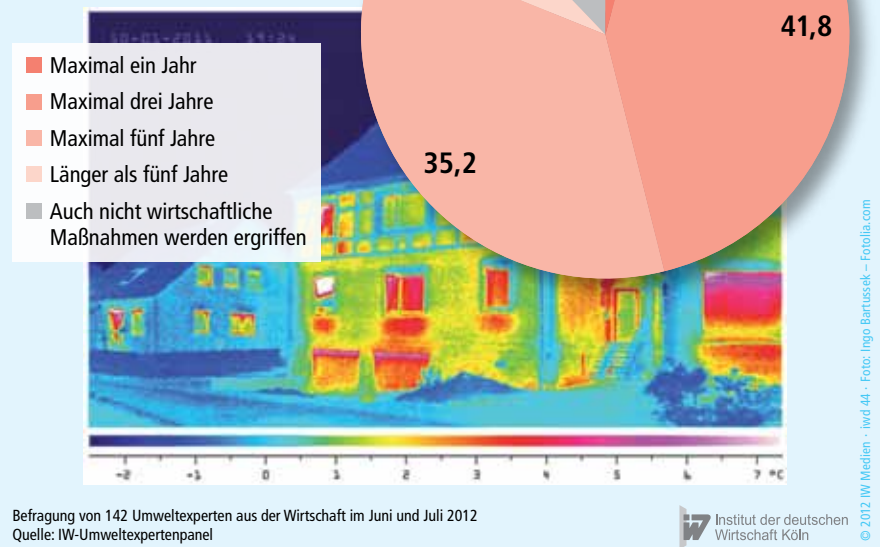
Unternehmen kalkulieren allerdings meist etwas genauer als private Haushalte. Die vermuteten künftigen Preise für Wärme und Elektrizität sind dabei ein wichtiger Faktor. Und die kennen angesichts einer wachsenden Weltwirtschaft und strengeren Klimazielen langfristig nur eine Richtung: nach oben. Also dürften sich Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen irgendwann meist rechnen.

Wie viel Zeit bis zum Break Even Point genau verstreichen darf, hat das IW Köln bei Umweltexperten aus der Wirtschaft erfragt (Grafik).

## Energieeffizienz:

### Maßnahmen brauchen Zeit

So viel Prozent der Befragten meinen, dass sich Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in ihrem Unternehmen innerhalb dieser Zeit rechnen müssen



**Die meisten Betriebe – gut 46 Prozent – gehen von bis zu drei Jahren aus, in denen sich die Kosten für Energieeffizienzmaßnahmen amortisieren sollten.**

Rund 35 Prozent der Befragten haben auch mit maximal fünf Jahren kein Problem. In einigen Unternehmen kann die Amortisationszeit sogar noch länger sein. Jede achte befragte Firma spart sogar Energie, obwohl sich die entsprechenden Maßnahmen voraussichtlich nie rechnen werden. Diese Betriebe haben sich beispielsweise selbst Klimaschutzziele gesetzt oder sie sind der Überzeugung, dass es gut ist, freiwillig einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Wie die Unternehmen Energie sparen, ist recht vielfältig. Eine Bäckerei kann zum Beispiel die Abwärme, die beim Backen entsteht, an

anderer Stelle nutzen – etwa zur Warmwasseraufbereitung. Dafür müsste sie zunächst einen Wärmetauscher installieren. Das würde in etwa 500 Euro kosten.

**Für zwei Drittel der Unternehmen zahlen sich solche Investitionen bereits aus, wenn die Energiepreise in den kommenden Jahren nur leicht ansteigen.**

Für ein Viertel der befragten Betriebe müssten die Energiepreise dagegen schon stark anziehen. Nur jedes 15. Unternehmen sagt, dass sich Energieeffizienzmaßnahmen in keinem Fall rechnen.

Für die große Mehrheit der Firmen lohnen sich also ihre Investitionen für einen effizienteren Umgang mit Wärme, Strom und anderen Ressourcen – daher dürfte die Energieeffizienz in der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft deutlich steigen.

# Der Drache wird langsamer

**China.** Trotz leichter konjunktureller Abkühlung bleibt die chinesische Volkswirtschaft ein wichtiger Motor für das Weltwirtschaftswachstum. Dank der rasanten Entwicklung ist das Reich der Mitte mittlerweile zu einem der wichtigsten deutschen Handelspartner geworden.

Im Jahr 2012 ist die chinesische Wirtschaft so wenig gewachsen wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr: Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 7,8 Prozent zulegen (Grafik). Die Regierung hatte bereits im März das Wachstumsziel für 2012 von 8,0 auf 7,5 Prozent revidiert.

Seit Mitte 2011 kühlt das Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt immer mehr ab. Ein Grund dafür ist die stagnierende globale Konjunktur. Außerdem steigen auch in China die Arbeitskosten.

Nichtsdestotrotz – eine echte Krise ist nicht in Sicht. Die Geldpolitik ist auf Lockerungskurs, begünstigt durch sinkende Inflationsraten. Um dem erlahmenden Wachstum entgegenzuwirken, plant die Regierung zudem erneut ein Konjunkturpaket mit einer Reihe von Infrastruktur-

projekten. Diese Politik soll so lange fortgeführt werden, bis sich der eingeschlagene Kurs stabilisiert.

Zwar sind Wachstumsraten zwischen 7 und 8 Prozent für chinesische Verhältnisse eher schwach, im internationalen Vergleich sind sie aber schwer zu übertreffen. Somit wird die chinesische Volkswirtschaft weiterhin eine der wichtigsten Triebkräfte für das weltweite Wirtschaftswachstum bleiben.

Auch Deutschland, vor allem der Exportsektor, profitiert vom Aufholprozess der Volksrepublik. Während die gesamten Ausfuhren deutscher Unternehmen seit 1999 jährlich um durchschnittlich 7 Prozent gewachsen sind, konnten die Exporte nach China im selben Zeitraum um knapp 21 Prozent pro Jahr zulegen. Somit ist China mittlerweile einer der wich-

tigsten Abnehmer für deutsche Produkte weltweit (Grafik):

## Gut 6 Prozent der deutschen Exporte gingen 2011 nach China.

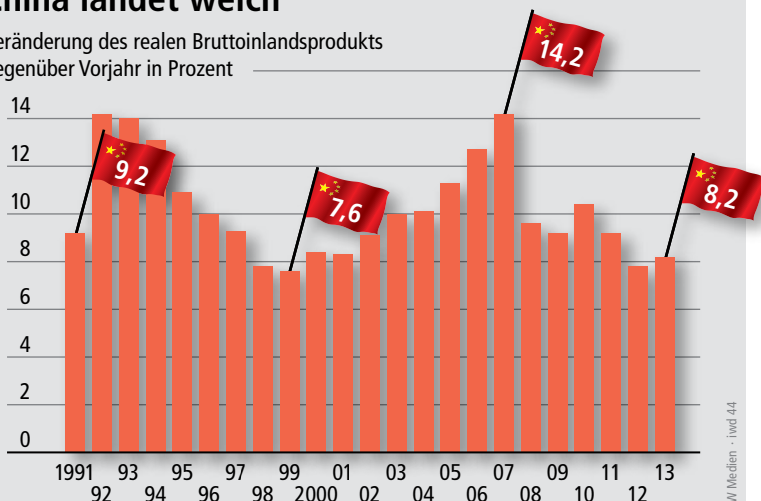
Wenn dieses Wachstum weitergeht, wird das Land künftig neben Frankreich zum wichtigsten Exportmarkt für die Bundesrepublik.

Die Chinesen schätzen besonders die Erzeugnisse der deutschen Maschinenbauindustrie und des Fahrzeugbaus (Grafik Seite 5). Durch das investitionsfreundliche Klima und die gute Reputation deutscher Produkte entfällt etwa ein Drittel der chinesischen Importe aus Deutschland auf Investitionsgüter, zum Beispiel auf Produktionsanlagen. Darüber hinaus liefern deutsche Exporteure eine Reihe von Vorleistungsgütern für die chinesische Industrie.

Auch die deutsche Automobilindustrie freut sich über die rasante wirtschaftliche Entwicklung in China. Der Wert der nach China exportierten Pkws stieg von 161 Millionen Euro im Jahr 2000 auf knapp 12

## China landet weich

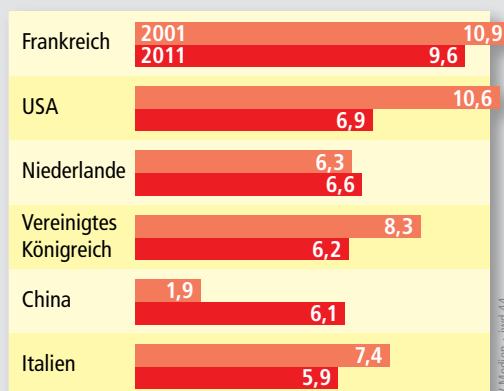
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



2012 und 2013: Prognose; Quelle: Internationaler Währungsfonds

## China für Deutschland immer wichtiger

Anteil an den deutschen Gesamtexporten in Prozent



Ursprungsdaten: Eurostat

Milliarden Euro im Jahr 2011. In Krisenzeiten hat sich der chinesische Markt als sicherer Hafen für die deutschen Hersteller erwiesen:

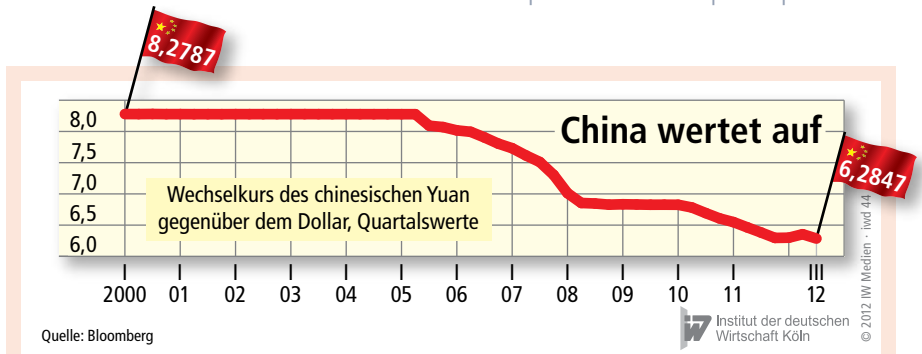
**Allein seit Ausbruch der aktuellen Wirtschaftskrise verdoppelte sich der Wert der nach China exportierten Pkws nahezu.**

Umgekehrt erfreuen sich chinesische Produkte auch einer großen Beliebtheit in Deutschland (Grafik):

**Mit knapp 80 Milliarden Euro im Jahr 2011 belegten die Importe aus China den zweiten Platz nach den Einfuhren aus den Niederlanden.**

Es dürfte wenig überraschen, wenn die Volksrepublik in Zukunft zum wichtigsten deutschen Importeur aufsteigt.

Allerdings bleibt ein bitterer Beigeschmack: Der ungebrochene Wachstumskurs der chinesischen Exporte und die Beliebtheit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt sind nicht zuletzt auf die umstrittene Wechselkursfixierung des chinesischen Yuan zurückzuführen. Immerhin: Aufgrund des internationalen Drucks wurde der Yuan in den vergangenen Jahren stark aufgewertet (Kasten Nachgefragt).



**++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt ++**



**China und der Wechselkurs**

Nachgefragt bei Galina Kolev, Referentin im Bereich Außenwirtschaft im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Wieso hat die chinesische Regierung den Yuan in den vergangenen Jahren aufgewertet?**

Aufgrund des lange Zeit sehr großen Leistungsbilanzüberschusses stand die Regierung in Peking schon vor 2005 unter einem starken politischen Druck. Ihr wurde vor allem von den USA vorgeworfen, die Währung künstlich niedrig zu halten und eine Aufwertung zu verhindern, um die Attraktivität der chinesischen Exporte nicht zu beeinträchtigen. Ab 2005 hat die chinesische Regierung dann dem internationalen Druck nachgegeben und den Yuan langsam aufgewertet. Eine Aufwertung bringt aber auch Vorteile mit sich: Importierte Vorleistungen und Kapitalgüter werden billiger, was das kapitalintensive Wirtschaftswachstum unterstützt und die Inflation dämpft.

**Jetzt wird wieder abgewertet, warum?**

Das Exportwachstum ist zurückgegangen und die Importe sind im Vergleich stark gestiegen. So hatte China Anfang 2012 zum ersten Mal seit langer Zeit zeitweise ein Handelsbilanzdefizit. Dadurch hat der Aufwertungsdruck nachgelassen. Auch wenn manch einer den Chinesen vorwirft, die Abwertung sei künstlich, ist sie zumindest teilweise eine natürliche Folge der Entwicklung in den vergangenen Monaten.

**Wie reagieren die USA?**

Die USA waren schon immer der Meinung, der Yuan sei unterbewertet. Die Amerikaner werfen den Chinesen vor, die Exporte dadurch künstlich antreiben zu wollen. Der US-Kongress hat daher den Chinesen immer wieder mit umfassenden Strafzöllen gedroht. Es melden sich nun wieder erste Stimmen, die die angedeutete Abwertung kritisieren.

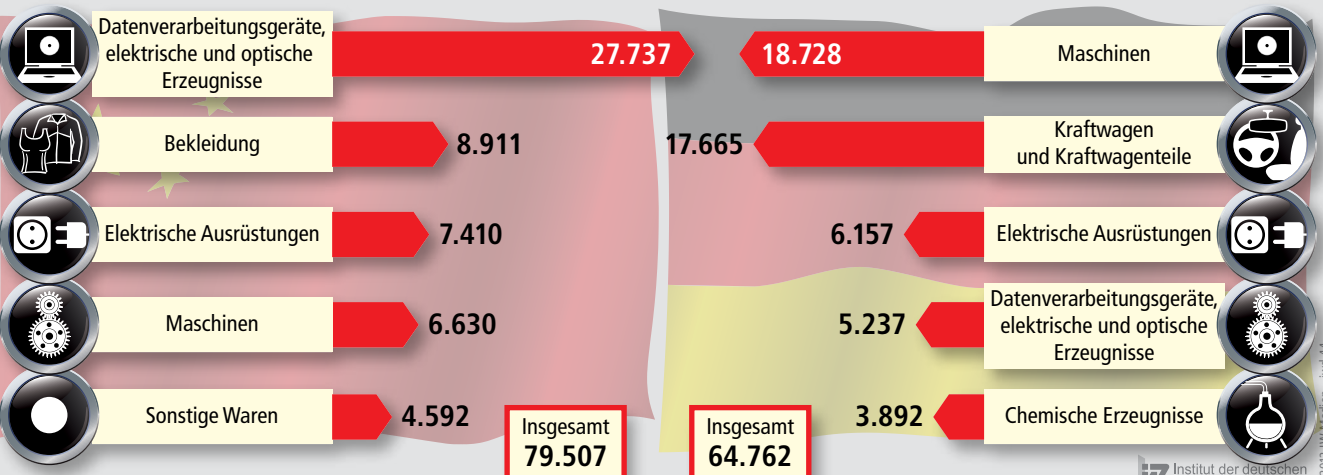
**Die Top-Exportgüter**

Ausfuhren von China nach Deutschland


in Millionen Euro

**Die Top-Importgüter**

Einfuhren von Deutschland nach China



# Keine politische Union

**Eurozone.** Eine gemeinsame Währung für 17 verschiedene Länder mit jeweils einer nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik – kann das gut gehen? Braucht eine einheitliche Geldpolitik nicht auch eine Art gemeinsame Wirtschaftsregierung? 

Die nationalen Parlamente der Europäischen Union besitzen ein wichtiges Recht: Sie können mehr oder minder frei über den Staatshaushalt bestimmen. Gäbe es aber eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung oder gar eine politische Union, würden viele Haushaltsentscheidungen in Brüssel fallen. Dies ist aber bisher undenkbar. Und um die Währungsunion zu stabilisieren, gibt es inzwischen einige neue Regeln:

Ein Beispiel ist der **Fiskalpakt**. Er sieht unter anderem vor, dass alle Euroländer eine Schuldenbremse in ihrem nationalen Recht verankern.

Zum einen erhöht dies die Verbindlichkeit der Regel, zum anderen bleibt eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik weiterhin möglich. Die Schuldenbremse genügt somit – anders als eine übermäßig zentralisierende Wirtschaftsregierung – dem Wettbewerbsgedanken sowie dem Subsidiaritätsprinzip. Das besagt, dass Aufgaben von der kleinstmöglichen Hierarchieebene übernommen werden sollten.

Mehr Eingriffe beinhaltet der **Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)**: Diese neue Institution ver gibt ähnlich wie der Internationale Währungsfonds (IWF) gegen Auflagen Kredite. Die Reformauflagen sollen nicht nur die Basis für einen Schuldenabbau und ein höheres Wirtschaftswachstum legen, sondern auch das Haftungs- und Sanktionsprinzip wahren: Länder, die ein hohes Schuldenrisiko eingehen, sollen dafür auch geradestehen.

Deswegen verlieren Staaten, die die Hilfe des ESM in Anspruch nehmen müssen, ein Stück ihrer nationalen Souveränität. Das kann im betroffenen Land zu Protesten bis hin zu Aufständen führen, wie Griechenland zeigt. Der ESM dürfte auf potenzielle Schuldensünder also weitaus abschreckender wirken als bisherige Regeln.

Dagegen würden die immer wieder diskutierten **Eurobonds** fragwürdige Anreize für die beteiligten Länder setzen (Tableau). Wenn andere Staaten für die Schulden eines Landes mithafteten, wäre dem fiskalischen Schlendrian Tür und Tor geöffnet. Problematisch bei Eurobonds wäre auch, dass die nationalen Finanzminister nicht mehr durch die Finanzmärkte diszipliniert werden könnten. Der politische Druck durch hohe Zinsen hat etwa in Spanien und Italien viele wichtige Reformen bewirkt.

Auch eine **Bankenunion** mit gemeinsam gestützten Bankenrettungs- und Einlagensicherungsfonds würde das Haftungsprinzip aushebeln und falsche Anreize setzen. Eine starke zentrale Aufsicht dagegen ist zu begrüßen. Denn für nationale Bankenaufseher ist es verführerisch, die heimischen Banken weniger streng zu kontrollieren.

## Eurozone: Reformen auf dem Prüfstand

Reformvorschläge	Eurobonds	Bankenunion – Aspekt 1: Stärkere EU-Aufsicht für systemrelevante Banken	Bankenunion – Aspekt 2: Grenzüberschreitende Staatshaftung bei Banken Krisen	Wirtschaftsregierung
Kongruenz von Handlung und Haftung	---	+	---	○
Institutionell verankerte Drohungen	---	+	---	○
Disziplinierung durch Kapitalabzug	---	+	---	○
Regelbindungen (Automatismen)	---	○	---	○
Subsidiarität	○	+++	○	---
Standortwettbewerb	○	+	○	---
Institutioneller Wettbewerb	○	+	○	---

++: erfüllt; +: weitgehend erfüllt; ○: trifft nur bedingt zu; ---: nicht erfüllt  
Quelle: Eigene Darstellung



### IW-Positionen 55

Jürgen Matthes, Berthold Busch:  
Governance-Reformen im Euroraum –  
Eine Regelung gegen Politikversagen,  
Köln 2012, 56 Seiten, 11,80 Euro

**Versandkostenfreie Bestellung unter:**  
[www.iwmedien.de/bookshop](http://www.iwmedien.de/bookshop)

# Do you parlez español?

**Fremdsprachenkenntnisse.** Mit Deutsch allein kommt man in der Europäischen Union (EU) nicht weit – auch wenn etwa jeder sechste EU-Bürger Deutsch als Muttersprache hat. Wer im europäischen Ausland verstanden werden möchte, sollte wenigstens Englisch können, denn dies ist die am häufigsten gesprochene Fremdsprache.

Der Engländer spricht Deutsch und Schwedisch, der Pole Russisch und Italienisch, der Spanier Französisch und Niederländisch – so wäre ein Leitprinzip der Europäischen Kommission erfüllt: Jeder Bürger Europas soll mindestens zwei Fremdsprachen beherrschen.

Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg: Denn derzeit spricht gerade einmal ein Viertel der EU-Bürger mindestens zwei Fremdsprachen. In nur einer weiteren Sprache – neben der Muttersprache – parlieren immerhin 54 Prozent, wie eine Befragung von fast 27.000 Personen in den 27 EU-Mitgliedsstaaten Anfang dieses Jahres ergeben hat.

Allerdings gibt es zwischen den einzelnen Ländern gewaltige Unterschiede in puncto Sprachkompetenz. Während etwa in Ungarn und Italien nur rund jeder Dritte eine Fremdsprache beherrscht, sind vor allem die Bürger kleinerer EU-Länder regelrechte Sprachgenies (Tabelle):

**In Luxemburg, Lettland, den Niederlanden, Malta, Slowenien, Litauen und Schweden geben über 90 Prozent der Bürger an, zumindest eine weitere Sprache zu sprechen.**

In diesen Ländern ist auch der Anteil derer, die sich in mindestens zwei Fremdsprachen unterhalten

können, vergleichsweise hoch, wobei die Luxemburger mit 84 Prozent den Spitzenplatz einnehmen.

In Deutschland ist es mit der Mehrsprachigkeit nicht ganz so weit her: Nur 28 Prozent der heimischen Bevölkerung fühlen sich in zwei Fremdsprachen sicher, 66 Prozent beherrschen immerhin mindestens eine weitere Sprache. Insgesamt wenig überraschend:

**Englisch ist mit einem Verbreitungsgrad von 38 Prozent die am häufigsten gesprochene Fremdsprache in der Europäischen Union.**

Auf den Plätzen folgen Französisch (12 Prozent), Deutsch (11 Prozent), Spanisch (7 Prozent) und Russisch (5 Prozent). Während die Wertschätzung für das Französische und Deutsche kontinuierlich abgenommen hat, schätzen die Europäer zunehmend das Chinesische: Vor sieben Jahren erklärten lediglich 2 Prozent der EU-Bürger, dass es sich bei Chinesisch um eine wichtige Sprache für die Zukunft ihrer Kinder handle, mittlerweile sehen dies bereits 14 Prozent so.

Das Beherrschen einer neuen Sprache bringt nach Ansicht der meisten Befragten wichtige Vorteile mit sich: 61 Prozent sind der Meinung, mit Fremdsprachenkenntnissen bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz im Ausland zu haben. Etwas mehr als die Hälfte würde eine weitere Fremdsprache am Arbeitsplatz nutzen.

Auch das Internet hat die Mehrsprachigkeit befördert. Inzwischen nutzt rund jeder dritte EU-Bürger im Netz regelmäßig seine erste Fremdsprache.


How are you?

Πολύ καλά!

## Mehrsprachigkeit in Europa

So viel Prozent der EU-Bürger sprechen	mindestens eine Fremdsprache	mindestens zwei Fremdsprachen
Luxemburg	98	84
Lettland	95	54
Niederlande	94	77
Malta	93	59
Slowenien	92	67
Litauen	92	52
Schweden	91	44
Dänemark	89	58
Estland	87	52
Slowakei	80	43
Österreich	78	27
Zypern	76	20
Finnland	75	48
Belgien	72	50
<b>Deutschland</b>	<b>66</b>	<b>28</b>
Griechenland	57	15
Frankreich	51	19
Polen	50	22
Tschechien	49	22
Rumänien	48	22
Bulgarien	48	19
Spanien	46	18
Irland	40	18
Vereinigtes Königreich	39	14
Portugal	39	13
Italien	38	22
Ungarn	35	13

Repräsentative Befragung von 26.751 EU-Bürgern über 15 Jahren in 27 Mitgliedsstaaten im Februar und März 2012  
 Ursprungsdaten:  
 EU-Kommission

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 44

Allerdings tun die meisten EU-Bürger noch zu wenig für ihre Sprachkompetenz: Nur eine Minderheit von 14 Prozent der Europäer hat innerhalb der vergangenen beiden Jahre das Training einer Fremdsprache fortgesetzt – und nur 7 Prozent haben sich dazu aufgefordert, eine neue Sprache zu lernen.

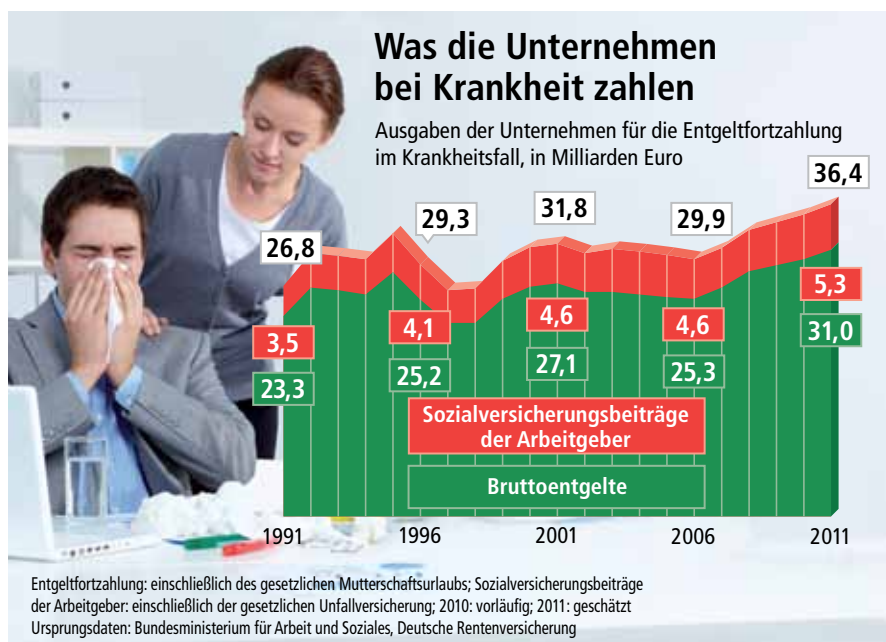
# Viel Kohle für Kranke

**Entgeltfortzahlung.** Bei Erkrankung eines Mitarbeiters zahlen die Unternehmen nicht nur das Bruttogehalt weiter, sondern auch den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung. Insgesamt sind die Beträge für die Entgeltfortzahlung seit 2006 stetig gestiegen – aus mehreren Gründen.

Egal, ob ein Arbeitnehmer nur ein paar Tage wegen einer Bronchitis fehlt oder ihn ein gebrochenes Bein über Wochen außer Gefecht setzt: Auf sein Gehalt muss er nicht verzichten – die Firma zahlt während der ersten sechs Wochen (Grafik):

**Das Bundessozialministerium beziffert die Kosten, die den Unternehmen durch die Fortzahlung der Löhne und Gehälter im Krankheitsfall entstehen, für 2011 auf 31 Milliarden Euro.**

Das waren immerhin fast 3 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme. Hinzu kamen 5,3 Milliarden Euro,



die die Arbeitgeber an Sozialversicherungsbeiträgen abführten.

Erst wenn ein Arbeitnehmer länger als sechs Wochen aus ein und demselben Grund ausfällt, übernimmt seine Krankenversicherung das Ruder und zahlt Krankengeld – allerdings nur 70 Prozent des letzten Nettoentgelts. Hierfür gaben AOK und Co. im vergangenen Jahr 8,5 Milliarden Euro aus – Geld, das am Ende auch wieder Arbeitgeber und Beschäftigte durch ihre Sozialbeiträge finanzieren.

Dass die Arbeitgeberzahlungen für erkrankte Mitarbeiter seit dem Jahr 2006 wieder ansteigen, hat mehrere Ursachen:

**Mehr Arbeitsplätze.** Seit 2005 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,2 Millionen gestiegen. Selbst bei unverändertem Krankenstand bedeutet dies

einen höheren finanziellen Aufwand für die Entgeltfortzahlung.

**Höherer Krankenstand.** Tatsächlich aber fielen die Arbeitnehmer zuletzt öfter aus – 2011 waren im Jahresdurchschnitt 3,8 Prozent aller gesetzlich Pflichtversicherten krank, gegenüber 3,2 Prozent im Jahr 2007.

**Höhere Gehälter.** Aufgrund der Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre müssen die Arbeitgeber auch im Krankheitsfall tiefer in die Tasche greifen.

Die auf die Betriebe entfallenden Beitragssätze zur Sozialversicherung waren 2011 zwar um insgesamt gut 1,2 Prozentpunkte niedriger als in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts. Geholfen hat das am Ende aber nur wenig. Den Kostenzuwachs für die Entgeltfortzahlung konnte dies allenfalls bremsen, aber nicht ausgleichen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentz:** Angelika Goldenberg  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Aboservice:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.